

2-Jun-1994 13:14

GPB Kreis Aachen eV

+49 2403 36106

S 2

GEMEINSAM LEBEN
GEMEINSAM LERNEN

Integration Behinderter und
Nichtbehinderter e.V. Würselen

GPB

**Gesellschafts-
Politische
Bildungsgemeinschaft**
Kreis Aachen e.V.

c/o Andreas Plonka
Endstr. 14
52146 Würselen

c/o Peter Schöner
Gutenbergstr. 54
52249 Eschweiler

Simonskall, den 5. Juni 1994

An den
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
Herrn Franz Müntefering

An das Ministerium
Bauen und Wohnen NRW

An das
Kultusministerium NRW

An das
Ministerium für Gleichstellung von Frau und Mann NRW

An die Präsidentin des
Landtages Nordrhein-Westfalen
Frau Ingeborg Friebe
Platz des Landestages 1

An die Abgeordneten des Landtages NRW
40002 Düsseldorf



Gesetz zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich einer Arbeitstagung des Vereins „Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen“ und der Gesellschaftspolitischen Bildungsgemeinschaft (GPB) Kreis Aachen e.V., wurde u.a. auch das Thema Integration Behinderter und Nichtbehinderter besprochen. Eines der Ergebnisse dieser Tagung war, daß wir uns inhaltlich dem anliegenden Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen NRW e.V.“ voll anschließen.

Folgendes möchten wir jedoch noch hinzufügen:

Der vorliegende Gesetzesentwurf entspricht nicht den dargelegten Forderungen aus dem Aktionsbündnis „Der Zaun muß weg“, dem sich ca. 100.000 Bürger durch Unterschrift solidarisch erklärt haben. Darunter waren u.a. gewählte Volksvertreter wie z.B. Landtags- und Bundestagsabgeordnete aus Kreis und Stadt Aachen wie z.B. Hans Alt-Küppers, Achim Großmann, Gisela Nacken, Ulla Schmidt, Karl Schultheis, Martin Stevens, Hans Vorpell, die Bürgermeisterinnen Helmut Janus (ehemals B. Alsdorf), Petra Meisler (Herzogenrath), Martin Schulz (Würselen) Günter Wagner (Eschweiler), außerdem RatsvertreterInnen aus Kreis und Stadt Aachen.

*** CCT-FAX ***

2-Jun-1994 13:14

GPB Kreis Aachen eV

+49 2403 36106

S 3

Blatt 2

siehe Verteiler im Kopf des Anschreibens

5.6.1994

Den Abgeordneten der SPD-Fraktion gegenüber berufen wir uns in diesem Zusammenhang auf die auf dem Landespartei-tag der SPD vom 18.9.1993 gefaßten Beschlüsse, dem der vorliegende Gesetzesentwurf entgegensteht. Er entspricht in keiner Weise dem Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Wir bitten Sie um Unterstützung und erwarten von allen stimmberechtigten Mitgliedern des Landtages die Ablehnung des vorliegenden Gesetzentwurfes.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Andreas Plonka

gez.
Peter Schöner

Kopie dieses Schreibens wurde allen örtlichen und überörtlichen Medien zugesandt.